

Haushaltrede der FWG-Stadtratsfraktion zum Haushalt 2024

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir stehen vor großen Herausforderungen. Wir brauchen eine mutige und zukunftsorientierte Politik, die die Interessen unserer Bürgerinnen und Bürger, unserer Wirtschaft und unserer Umwelt verfolgt. Wir brauchen eine Politik, die Ludwigshafen als attraktiver und lebenswerter Standort stärkt und weiterentwickelt. Wir brauchen eine Politik die die Chancen der Digitalisierung, der Mobilitätswende und der Energiewende nutzt und die Risiken minimiert. Wir brauchen eine Politik, die die soziale Gerechtigkeit, die kulturellen Vielfalt und die demokratische Teilhabe fördert und schützt. Wir als FWG sind bereit, unseren Beitrag zu dieser Politik zu leisten. Wir sind bereit, konstruktiv und kritisch mit allen Fraktionen zu arbeiten.

Nicht nur innerhalb der FWG, sondern sicher auch bei der großen Mehrheit unserer Bürger und Unternehmern herrscht große Erleichterung darüber, dass die Verwaltung auf eine Erhöhung der Grundsteuer und der Gewerbesteuer verzichtet. Angesichts der wirtschaftlichen Lage würde sich dies wie ein Schlag ins Gesicht anfühlen. Uns geht es bei dieser Angelegenheit insbesondere um die zahlreichen kleineren Gewerbetreibende. Über den größten Gewerbetreibenden, die BASF, sollte man sich hingegen nach unserer Auffassung endlich trauen deutliche Worte zu finden. Es zeigt sich, dass sich die Konzernspitze der BASF immer mehr von der Bedeutung des Stammwerkes entfremdet.

Obwohl wir uns zu Beginn der Haushaltsrede über das Ausbleiben der Steuererhöhung freuen, müssen wir als Freie Wähler auch die Kehrseite erwähnen, dennoch werden wir diesem Haushalt -mit einigen Anpassungen und individuellen Vorschläge- akzeptieren. Wir wollen Planungssicherheit insbesondere um die Arbeit der vielen Vereine und

Ehrenamtlichen nicht zu gefährden, dies ist essentiell für Ludwigshafen. Wir wollen als FWG nicht verpassen den Bürgern die Wahrheit zu sagen, es kommen einige Belastungen in Form von bereits beschlossenen Erhöhungen wie der Eintritt des Wildparks, sowie die erhöhten Zahlungen im Bereich der Friedhöfe und der Stadtreinigung und der Stadtentwässerung geben wird.

Auch die Hundesteuer soll erhöht werden. Dies trifft insbesondere ältere Mitbürger, die ohnehin durch die Inflation und gestiegene Nebenkosten belastet sind. Sinnvoll wäre daher ein Bestandsschutz für bereits angemeldete Tiere. Als zusätzlichen Anreiz möchten wir ein Modell vorschlagen, dass in vielen Kommunen bereits erfolgreich praktiziert wird. Der Hundehalter, oder die Hundehalterin, die einen Rabatt bei der Hundesteuer wollen, müssen einen Hundeführerschein oder eine vergleichbare Prüfung ablegen. Somit fällt die Erhöhung für Menschen, die sich um ihr Tier bemühen geringer aus als für jene, die weniger Zeit in ihre Tiere investieren. Für uns eine win-win-Situation für den Geldbeutel und die Beziehung zwischen Tier und Mensch.

Wir sehen bei diesem neuen Haushalt große Risiken und einige Hürden. So erwarten wir bei den Steuereinnahmen weitere unangenehme „Überraschungen“:

Wir befinden uns in einer wirtschaftlichen Rezession, die BASF und einige weiteren Betriebe werden dieses Jahr voraussichtlich keine Gewinne erzielen. Aktuell leisten die Unternehmen Vorauszahlungen, die dann nach dem Jahresabschluss abgerechnet werden. Die Verwaltung muss mit weiteren deutlichen Einnahmeverlusten rechnen, die nicht im Haushalt enthalten sind. Es ruft der Nachtragshaushalt mit neuen weiteren Schulden.

Vollkommen unübersichtlich stellt sich zudem für uns als FWG die Situation der Rückzahlung von 170 Millionen Euro Gewerbesteuer dar. Die Berechnungen gehen wohl bis auf das Jahr 2001 zurück. Dieses Datum erscheint aktuell als einziges

nicht dem Steuergeheimnis zu unterliegen. Es entsteht der Eindruck, dass Ludwigshafen als einzige Kommune des Landes von diesem Phänomen betroffen ist. Ebenso verwunderlich erscheint der Umstand, dass Gewerbesteuerzahler über ein knappes Viertel Jahrhundert im Rechtsstreit mit dem Land liegen können und das Prozessrisiko in Form von Rückzahlung sowie üppigen Zins und Zinseszinsen sich in keinerlei Rückstellung der betroffenen Kommune wiederfindet. Das Land steht hier in der absoluten Pflicht genauer aufzuklären - doch unserer Ansicht steht nicht nur „das Land“ allein in der Pflicht! Wir sind uns sicher, hier werden wir in der nächsten Zeit noch einiges dazu hören oder lesen.

Die Folgen aus diesem miserablen Rechtsstreit für Ludwigshafen sind jedenfalls katastrophal:

Zinszahlungen von über 32 Millionen an die Unternehmen, zu wenige Zuschüsse in der Vergangenheit wegen überhöhten Steuereinnahmen und zu hohe Zahlungen an Gewerbesteuerumlagen. Hier muss unserem Verständnis nach rechtlich geprüft werden, ob das Land sich an diese Kosten beteiligen muss. Für uns als FWG stehen sogar mögliche Strafanzeigen im Raum, da hier definitiv etwas ganz gehörig falsch läuft.

Wie in der Rheinpfalz zu lesen war: „Die Zitrone ist ausgepresst!“ Ludwigshafen steht finanziell deutlich mit dem Rücken zur der Wand.

Ursache hierfür ist ganz eindeutig die mangelnde Finanzausstattung durch Bund und dem Land.

Über 220 Millionen Euro beträgt das strukturelle soziale Defizit für unsere Stadt.

Es fehlen über 2000 Kindergartenplätze. Wir diskutieren über Einsparungen von 1000 Euro-Beträge, beschließen dann aber Investitionen in Kindergärten in Millionenhöhe ohne ausreichende Zuschüsse von Bund und Land. Ich erinnere mich noch an die vollmundigen Ankündigungen des ehemaligen Ministerpräsidenten Kurt Beck, über die Garantie für einen Kita-Platz. Er vergaß dann - sowas kann ja mal vorkommen- für eine Finanzierung zu sorgen. Jetzt werden diese Kosten über Schulden unserer Stadt finanziert. Ab 2026 kommt zu all diesen Herausforderungen auch noch das sogenannte GaFöG (Ganztagsförderungsgesetz). Allen Grundschulern wird stufenweise ein Rechtsanspruch auf kostenlose Ganztagsbetreuung gegeben. Hier werden stetig Wohltaten einseitig zu Lasten unserer Stadt verteilt. Klar sind diese Investitionen zur Umsetzung der Rechtsansprüche unbedingt notwendig. Der Anteil an Migrantenkinder in unseren Grundschulen beträgt über 60 Prozent. Notwendig wäre eine Pflicht für den Kindergartenbesuch. Die Probleme verlagern sich bereits in den Grundschulbereich. Nicht nur die Gräfenauschule, sondern auch sehr viele weitere Schulen haben sehr große Probleme.

Kommen wir zum ÖPNV, auch beim ÖPNV ist Ludwigshafen nicht an der Spitze. Während bei uns die Sanierung der Linie 10 immer noch mühsam voranschreitet, haben Mannheim und Heidelberg neue Linien bereits in Betrieb. Auch hier wie bei der Neuanschaffung von Fahrzeugen gelten in Baden-Württemberg bessere Förderrichtlinien!

Angesichts dieser Beispiele können wir hoffen, dass das Land die besondere Situation der Stadt Ludwigshafen wirklich vollumfänglich begreift und handelt. Die Übernahme von 500 Millionen Euro Liquiditätsschulden ist ein Schritt in die richtige Richtung. Allerdings häufen sich aufgrund der dramatischen Entwicklung neue Schulden bereits wieder an. Eine grundlegende Lösung der Haushaltproblematik in Ludwigshafen ist seit über 20 Jahren nicht in Sicht!

Die Zinszahlungen haben sich bereits drastisch erhöht, auf 24 Millionen Euro. Dies ohne die zusätzliche Belastung mit den Gewerbesteuerrückzahlungen von 175 Millionen Euro. Vor 10 bis 12 Jahren wurden ungefähr die gleichen Summen bezahlt. Der Etat sieht eine Erhöhung bis 2027 auf 32,4 Millionen Euro vor.

Unter diesen Bedingungen erscheint es uns als realdenkende Freien Wähler vollkommen unrealistisch, dass in 10 Jahren ein ausgeglichener Haushalt von unserer Stadt vorgelegt werden kann.

Hinzu kommen die Investitionen in die Infrastruktur. Es werden große Summen in den Bau der Helmut Kohl Allee fließen. Allein an Planungskosten, für die es keine Zuschüsse gibt, müssen 88 Millionen Euro aufgebracht werden. Und die neue Stadtstraße ist vollkommen überdimensioniert. Sehr viele Bürger und übrigens auch die BASF sind dieser Meinung. Wir haben hierzu bereits in der Sitzung des Bau- und Grundstücksausschusses am 21.10.2019 leider erfolglos eine diesbezügliche Überprüfung gefordert. Ganz offensichtlich stößt hier die bundesrepublikanische Bürokratie an ihre Grenzen: Was vor ca. 10 Jahren geplant und beantragt wurde, muss so auch umgesetzt werden, ansonsten fallen Fördergelder weg, und es muss eine vollkommen Neuplanung erfolgen. Wir hoffen weiterhin, dass bei der Umsetzung doch noch der gesunde Menschenverstand einsetzt.

Schwierig wird auch die Unterbringung der Asylsuchenden. Die Stadtgesellschaft ist hier an der Grenze der Belastbarkeit angekommen. Glücklicherweise zahlt das Land jetzt mehr Geld. Es muss mit Fingerspitzengefühl vorgegangen werden. Bund und Land müssen Maßnahmen ergreifen, um die hohe Zahl der zugewiesenen Asylbewerber zu reduzieren.

-Kleine Redepause-

Wir sind stolz auf unsere Stadt, die trotz der vielen angesprochenen Herausforderungen das wirtschaftliche Zentrum von Rheinland-Pfalz ist. Wir sollten selbstbewusster auftreten und unsere Potentiale ausschöpfen. So haben wir in Ludwigshafen mit den verschiedenen Kliniken *im humanmedizinischen* Bereich ohne Zweifel die beste Infrastruktur in diesem Bereich in Rheinland-Pfalz. Wir sind überzeugt, dass Ludwigshafen der ideale Standort für eine Zweite humanmedizinische Universität in Rheinland-Pfalz ist, die nicht nur den Ärztemangel bekämpfen, sondern auch die Forschung und die Lehre in unserer Region fördern würden. Wir werden uns daher mit aller Kraft dafür einsetzen, dass dieses wichtige Projekt verwirklicht wird. Dies wäre ein bedeutender Fortschritt für die Infrastruktur, die Attraktivität und die Zukunft unserer Stadt.

Wir sind uns bewusst, dass dies kein leichtes Unterfangen ist und dass wir dafür die Unterstützung durch Wissenschaft, der Wirtschaft und der Gesellschaft, sowie das Wollen eines solchen Standortes in Ludwigshafen durch das Land brauchen. Wir sind zuversichtlich, dass wir als Stadtgemeinschaft -mit unserem Engagement, unserem Sachverstand und unserem Teamgeist- diese Ziele erreichen können. Wir sind bereit, Ludwigshafen zu einer modernen und innovativen Stadt zu machen, in der alle Menschen sich wohlfühlen und entfalten können.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit. Lassen sie uns gemeinsam für Ludwigshafen arbeiten! Vielen Dank!